

Frank Decker

Wo wir sind, ist die Mitte!

Zum Standort der CDU im deutschen Parteiensystem

Wo Union und SPD gemeinsam regieren, wird umso heftiger programmatisch um die politische Mitte gerungen. Kein Wunder, hier werden Wahlen entschieden. Doch in diesem Streit, der mitunter an das Gezerre um den jungen Michel in Brechts Kaukasischen Kreidekreis erinnert, siegt letztlich die einfache Magd. Im Augenblick noch mit deutlichem Abstand in den Umfragen hinter CDU/CSU, könnten die Sozialdemokraten dank besserer Koalitionsoptionen letztlich doch noch »das Kind zugesprochen bekommen«.

Es ist nichts Ungewöhnliches, dass die beiden großen Parteien in der Bundesrepublik für sich reklamieren, als »Volksparteien« die Repräsentanten der politischen Mitte zu sein. Würden sie die Wähler nicht dort abholen wollen, wo diese sich überwiegend tummeln – eben

ideologischen Zuschreibungen – auch die konservative – mit dem Begriff »rechts« zu versehen. Weil dieser in der Bundesrepublik stigmatisiert ist und ungerechtfertigterweise mit »rechtsaußen« oder »rechtsextrem« gleichgesetzt wird, bleibt ihr terminologisch nur die Flucht in die Mitte.

Die Prominenz, mit der das Selbstverständnis als »Mitte« zum Motto des abgelaufenen Parteitag erhoben wurde, lässt sich allerdings nicht als bloße Verlegenheit interpretieren. Einerseits muss sie als gezielte strategische Reaktion auf den vermeintlichen »Linksruck« der SPD gesehen werden, der in der Mitte wieder etwas mehr Platz geschaffen hat. Andererseits spricht aus ihr eine unfreiwillige Ehrlichkeit, was die Veränderung des eigenen Standortes angeht. Mag die CDU die Kontinuität zu früheren Programmen und Positionen noch so sehr betonen, hat sie doch seit dem Leipziger Parteitag 2003 eine erstaunliche Kehrtwende vollzogen. Indem sie von der neoliberalen Reformagenda Abstand nahmen und ihre Tradition als Sozialstaatspartei wiederentdeckten, bewegten sich die Christdemokraten zurück in die Mitte, also – wenn man die Richtung betrachtet – nach links. Programmatisch und im Regierungshandeln schlossen sie damit zu den Sozialdemokraten auf, die sich – von der anderen Seite her kommend – zuvor ihrerseits in die Mitte begeben und

Frank Decker

(* 1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2006 erschien im VS Verlag Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützlich Korrektiv?

frank.decker@uni-bonn.de



in der breiten gesellschaftlichen Mitte –, wären sie schließlich keine Volksparteien. In der Berufung auf die Mitte hat es zwischen Union und SPD freilich schon immer einen kleinen Unterschied gegeben. Wenn sie den Begriff nicht soziologisch (wie im Falle von Schröders »Neuer Mitte«), sondern politisch-ideologisch verwenden, fügen die Sozialdemokraten ihm das Attribut »links« stets mit erkennbarem Stolz hinzu. Das Bedürfnis, sich gegenüber der Konkurrenz der anderen linken Parteien zu behaupten, hat sie darin sogar weiter bestärkt. Den Vertretern der Union würde es dagegen nie in den Sinn kommen, die mit ihrer Partei verbundenen

als liberale Sozialstaatsreformer empfohlen hatten. Für die Große Koalition hätte das eigentlich ein gutes Omen sein müssen! Die geringer gewordenen programmatischen Differenzen haben die Suche nach vernünftigen Kompromissen jedoch nicht erleichtert, sondern im Gegenteil zu einer verschärften Rivalität unter den Koalitionspartnern geführt, die im Zweifel nur auf den eigenen Wettbewerbsvorteil bedacht sind.

Programmatische Uneinigkeit

So wie die SPD sich mit den *Hartz-Reformen* und der *Agenda 2010* einer schweren innerparteilichen Zerreißprobe aussetzte, so konnte auch die auf Geschlossenheit ausgerichtete Parteitage der CDU in Hannover den Eindruck der programmatischen Uneinigkeit nicht zerstreuen. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die Union – wie die SPD – zwischen liberalen Modernisierern und Anhängern eines traditionellen Sozialstaatsverständnisses gespalten. Dass die letzteren auch mit dem Segen der Kanzlerin wieder die Oberhand gewonnen haben, mag ein Grund für die guten Umfragewerte der Partei sein, mit denen sie die Sozialdemokratie zur Zeit noch deutlich auf Distanz hält. Gleichwohl scheint die SPD heute – zumindest auf der abstrakten Ebene – über ein in den eigenen Reihen konsensfähigeres Zukunftskonzept des Sozialstaats zu verfügen als CDU und CSU, das an den skandinavischen Ländern orientiert ist. Während die Unionsparteien zwischen dem angelsächsischen und skandinavischen Modell des Wohlfahrtsstaates lavieren und daher eine Tendenz zur Fortschreibung des Status quo entwickeln, können sich die Sozialdemokraten mit der Forderung nach einem »vorsorgenden« Sozialstaat als reformerische Kraft darstellen und dabei zugleich an eigene Grundwerte anschließen. Wie rasch einen

die programmatische Unentschlossenheit auch strategisch ins Aus manövrieren kann, zeigt exemplarisch der Kampf um die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes, den die Union im Grunde schon verloren hat.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich auf dem gesellschaftspolitischen Gebiet, also dort, wo es um den kulturellen Standort und das Werteverständnis der Partei geht. Auch hier hat die Union einen bemerkenswerten Wandlungsprozess durchgemacht, um den Anschluss an die kulturelle Mitte in unserem Land zurückzufinden. Die deutliche Wahlniederlage von 1998 und der Wechsel zu Rot-Grün hingen auch damit zusammen, dass dieser in der Ära Kohl verloren gegangen war. Symbolhaft markiert wurde dies durch die Choreografie der Parteitage, in der ein orgelspielender Franz Lambert eine bürgerliche Behäbigkeit repräsentierte, die mit dem Lebensgefühl der gesellschaftlichen Mitte immer weniger zu tun hatte. Von der Modernisierung ihres Familienbilds über die Enttabuisierung der durch die Einwanderung geschaffenen kulturellen Pluralität bis hin zur Anerkennung zuvor verfehmter Lebensformen (etwa der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft) hat die CDU der veränderten gesellschaftlichen Realität seither schneller Rechnung getragen, als man das mit Blick auf ihre konservative Kernklientel vermutet hätte. So wie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik überspannt die Mitte also auch hier ein weites Spektrum politischer Positionen, das der Parteiführung noch manche Gratwanderung abverlangen wird.

Aus elektoraler Sicht spricht natürlich nichts dagegen, in einem Parteiprogramm möglichst viele Werthaltungen, Lebensformen und Interessen miteinander zu verbinden, um darüber eine breite Wählerkoalition abzudecken. Je heterogener und widersprüchlicher die Positionen ausfallen, um so schwieriger wird es allerdings, sie in ein konsistentes, an Problem-

lösungen orientiertes Regierungshandeln zu übersetzen und dieses geschlossen zu vertreten. Dass dies für die – ihrem Selbstverständnis nach – geborene Regierungspartei CDU zunehmend zum Problem werden könnte, lässt sich neben dem Mindestlohn auch an einer Reihe von anderen Themen ablesen, die heute auf der Agenda stehen: die Bedeutung von »Wahlfreiheit« in der Kindererziehung, die Zukunft des dreigliedrigen Schulsystems, der Schutz sensibler Wirtschaftsbereiche vor unerwünschten ausländischen Investoren, die Regulierung der medizinischen Forschung, die Möglichkeiten und Grenzen einer wertegebundenen Außenpolitik. Selbst bei einer vermeintlich unverfänglichen Frage wie dem Tempolimit, das man zur Zeit noch einhellig ablehnt, könnte die Union in die Gefahr geraten, sich ideologisch zu verkämpfen.

Koalitionsoptionen

Bleibt als letztes die Frage nach der Machtperspektive. Im neuen Fünf-Parteiensystem hängt diese nicht nur von den Größenverhältnissen zwischen den Parteien ab, sondern auch von den Koalitionsoptionen, über die sie verfügen. Für die Union fällt das Urteil diesbezüglich zwiespältig aus. Auf der einen Seite profitiert sie davon, dass die SPD durch die neue Konkurrenz der Linkspartei in eine strukturelle Minderheitsposition geraten ist; als vermutlich stärkste Partei würden CDU und CSU damit in einer über 2009 hinaus fortbestehenden Großen Koalition weiter die Kanzlerin stellen, während die Sozialdemokraten sich mit der aus elektoraler Sicht wenig attraktiven Rolle des »Juniorpartners« begnügen müssten. Auf der anderen Seite besitzt die SPD jedoch mehr Möglichkeiten als die Union, in ein anderes Bündnis

umzusteigen. In den Ländern hat sie bereits mit allen im Bund vertretenen Parteien koalitiert, sodass sie – wenn es denn für eine kleine Zweierkoalition nach dem alten Muster nicht mehr reicht –, theoretisch sowohl eine Ampel- als auch eine Linkskoalition anführen könnte. Koalitionspolitisch wird die zentrale Position im Parteiensystem also nicht von CDU und CSU, sondern von den Sozialdemokraten besetzt, die aus heutiger Sicht an jeder denkbaren Regie-

rung beteiligt wären. Diese Schlüsselrolle könnte ihr die Union nur entwinden, wenn sie sich nach links weiter öffnet und die eigenen Koalitionsoptionen durch ein Bündnis mit den Grünen verbreitert. Entsprechende Gelegenheiten bieten sich womöglich schon bei den anstehenden Landtagswahlen. Dann wird sich zeigen, welche Konsequenzen die Partei aus ihrem Anspruch auf die politische Mitte tatsächlich zu ziehen bereit ist.

Albrecht von Lucke

Das Schweigen der Ränder

Vor den wichtigen »Halbzeitwahlen« in Niedersachsen, Hessen und Hamburg und angesichts anhaltender Streitigkeiten in der Großen Koalition stellt sich drängend die Frage nach den Koalitionen der Zukunft. Entscheidend werden jene Parteien sein, die heute die Opposition stellen – mit mehr oder weniger taktisch-strategischem Erfolg.

Lange nichts gehört von der »Freiheitsstatue der Republik« (Guido Westerwelle über Guido Westerwelle)? In der Tat, der sonst so »putzmuntere« Parteivorsitzende der FDP war in letzter Zeit kaum mehr zu vernehmen. Und das hat durchaus seinen Grund: Keiner Partei geht es derzeit schlechter als den Liberalen, jedenfalls wahlstrategisch. Eben noch notwendiger Koalitionspartner fast aller Parteien, erscheint die FDP aufgrund ihrer einseitig wirtschaftsliberalen Ausrichtung und angesichts der mentalen Linksverschiebung im Lande fast schon als das Schmuttelkind des Parlaments, mit dem auf absehbare Zeit keiner mehr spielen will.

Wenn Guido Westerwelle nach dem Hamburger Parteitag der SPD diese als nicht mehr koalitionsfähig bezeichnete, ist das deshalb ein Problem – weniger für die Sozialdemokratie als vielmehr für die FDP. Von der früher einmal von den Liberalen angestrebten wahltaktischen Äquidistanz zu Union und SPD kann heute jedenfalls

nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil: Angesichts der gravierenden programmatischen Unterschiede zwischen FDP und SPD reduzieren sich die Koalitionsmöglichkeiten der Liberalen zunehmend auf die Union. Und da auch eine schwarz-gel-



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* in Berlin. In Kürze erscheint im Wagenbach-Verlag: 68 oder neues Biedermeier.

albrecht.vonlucke@blaetter.de

be Koalition derzeit nicht in Aussicht ist, bliebe der FDP allein die schwarze Ampel, also schwarz-gelb-grün. Die Grünen aber, die sich derzeit wieder verstärkt um ein linkeres Profil bemühen, dürften sich hüten, mit den noch immer arg ungeliebten »Neo-Liberalen« in einer Koalition unter